

---

FDP Offenbach

## **ENTWICKLUNG DES EINKAUFSTANDORTS**

31.07.2017

---

Die FDP Fraktion will angesichts „der laut IHK-Studien eher unterdurchschnittlichen Bewertungen der Wirtschaftsorientierung der Verwaltung durch die Unternehmen“ den Focus ihrer Arbeit auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft legen. Denn nur mit mehr Gewerbesteuerzahlern könne der Offenbacher Haushalt nachhaltig gesunden. Dies ist das Ergebnis der Sommerklausur der FDP-Fraktion. Dabei wollen die Freien Demokraten vor allem dafür Sorge tragen, dass ihre Forderungen aus dem Kommunalwahlprogramm in praktisches Verwaltungshandeln umgesetzt werden, darunter die „Baugarantie“, nach der gewerbliche Bauanträge sollen in der Regel binnen eines Monats entschieden werden. „Im Zweifel solle im Interessen der Antragsteller entschieden werden, es braucht ein Primat für Wirtschaftsförderung im Rathaus“, meint FDP-Fraktionsvorsitzender Oliver Stirböck.

Ebenso will die FDP eine Wirtschaftsförderung 2.0 voranbringen – ein digitales Unternehmerbüro als virtuelles Angebot von Rathaus-Dienstleistungen mit dem Ziel, sämtliche Verwaltungs-Prozesse, auf die Unternehmen angewiesen sind, digital abzuwickeln und somit den Arbeitsaufwand der Unternehmen erheblich zu reduzieren. Zudem sieht die Partei das Amt für Wirtschaftsförderung unterbesetzt. Ein Ausbau der Wirtschaftsförderung soll eine noch intensivere und aggressivere Aktivität für die Abwerbung von Unternehmen aus anderen Städten oder Ländern ermöglichen, aber auch die Bestandpflege weiter professionalisieren. Die Immobilienkompetenz und die Zusammenarbeit mit Maklerbüros sei weiter auszubauen, um interessante Kunden nach Offenbach zu holen. Mit einer gezielten Ansiedlungspolitik von Ateliers solle dazu beigetragen werden, dass Offenbach „das größte Atelierhaus der Region“ wird, um Offenbachs Image als kreativer Standort zu stärken. Die Stadt solle sich auch stärker als Gründerstadt zeigen: Gerade für den Bereich Design- und Kreativwirtschaft könne die Existenzgründer- und Finanzierungsberatung ausgebaut werden, damit neue

Unternehmen mit betriebswirtschaftlich solider Basis an den Start gehen.

Auch den Einzelhandelsstandort wollen die Freien Demokraten voranbringen. Hier hofft die FDP auf die Einzelhandelsstudie, einer Art „kleinen Masterplan im Masterplan“, die die Koalition schon parlamentarisch auf den Weg gebracht hat. Die Partei will weiterhin wie schon in ihrem Programm gefordert, die Wirtschaftsförderung ertüchtigen, stärker auf anspruchsvolle kleine Läden zuzugehen, die sich Frankfurt nicht mehr leisten können. In einer Kraftanstrengung solle gemeinsam mit den großen Ketten ein „Pakt für die Innenstadt geschlossen werden“, verstärkt auch ihr A-Sortiment anzubieten, um ein neues kaufkräftiges Klientel wieder anzuziehen. Der Zuzug von Bürgern in die neuen Wohngebiete sei eine große Chance für die City. „Die Innenstadt werden wir aber nur wettbewerbsfähig halten, wenn wir die öffentlichen Raum aufhübschen, die Menschen wollen ein Einkaufserlebnis. Deshalb möchten wir den Umbau des unwirtschaftlichen Marktplatzes schnell umsetzen“, so Stirböck. Die Koalition habe zu diesen Fragen schon einige Beschlüsse in die Wege geleitet, sie müssten jetzt auch umgesetzt werden